

## **Arbeitnehmerempfang 2008, 30. April, Historisches Kaufhaus**

ich begrüße Sie herzlich zu diesem Empfang am Vorabend des Tags der Arbeit hier im Kaisersaal des Kaufhauses. Dieser Abend hat inzwischen eine gewisse Tradition, und er hatte von Beginn an ein Ziel. Wir – hier spreche ich im Namen des ganzen Rathauses – wollen vor allem Danke sagen für das Engagement der Personal- und Betriebsräte und der Gewerkschaften. Ich habe großen Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich neben ihrer normalen Aufgaben ehrenamtlich in Betriebs- und Personalräten oder als Vertrauensleute für ihre Kollegen engagieren und in sensiblen und oft auch menschlich schwierigen Konflikten vermitteln und ausgleichen.

Meine Damen und Herren, ich sehe hier viele Personalvertreter aus der Stadtverwaltung. Das ist auch nachvollziehbar, weil die Stadt mit über 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach der Universität die zweitgrößte Arbeitgeberin ist; wenn ich die Gesellschaften hinzurechne, dann sind es rund 5000. Ich bitte daher um Verständnis, dass ich ein wenig durch die Brille der Kommunen und unserer Situation blicke. Die letzten Jahre sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem für die Personalräte nicht einfach gewesen. Konsolidierung des Haushalts und Verwaltungsreform – das sind zwei Seiten einer Medaille. Diese Themen haben sich ja wie ein roter Faden seit knapp sechs Jahren durch unsere Zusammenarbeit gezogen. Deshalb hat es auch immer wieder Konflikte mit den Personalräten gegeben, was sehr verständlich und nachvollziehbar war. Aber ich bin dem Personalrat und hier vor allem Emil Schweizer sehr dankbar, dass wir diese Gespräche – und es waren nicht wenige in sechs Jahren – immer in einer menschlich anständigen Weise führen konnten. Sie haben sehr genau zwischen Person und Sache zu unterscheiden gewusst; Sie waren und sind in der Sache oft „bockelhart“, aber wir haben das immer so besprechen konnten, dass es am Ende Kompromisse gab.

Lassen Sie mich zum eigentlichen Anlass dieses Treffens kommen. Morgen ist der „Tag der Arbeit“. Der DGB hat den Aufruf für dieses Jahr unter das Motto gestellt „Gute Arbeit muss drin sein“. Meine Damen und Herren, wir sind – und hier spreche ich als Oberbürgermeister und als Vorsitzender der kommunalen Arbeitgeber in Baden-Württemberg – in dieser Frage nicht auseinander. An erster Stelle des Aufrufs steht die erste Forderung nach guten Löhnen. Ich darf an die Tarifverhandlungen für die Kommunen und den Bund erinnern, die genau heute vor einem Monat in Potsdam zu Ende gegangen sind. In dem DGB-Aufruf heißt an „Gute Löhne müssen

drin sein“. Was wir in Potsdam erreicht haben, das war – um bei der Formulierung zu bleiben – „guter Lohn für gute Arbeit“.

Ich habe es immer für richtig gehalten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anständig für ihre Leistung und für Engagement bezahlt werden, weshalb ich es jedem und jeder gönne, dass nun mehr in der Lohntüte ist. Das gilt vor allem für Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, die darauf besonders angewiesen sind.

Aber die Tarifrunde 2008 war ein Spagat zwischen den berechtigten Erwartungen der Beschäftigten nach einem „kräftigen Schluck aus der Pulle“ und der Situation unserer Haushalte. Ich finde es bemerkenswert, dass wir in diesem Spagat einen vernünftigen Abschluss vereinbaren und einen Streik vermeiden konnten.

Aber ich will an dieser Stelle auch nicht verschweigen, dass uns dieser Abschluss im Haushalt belastet. Unterm Strich sind es wohl rund 4 Millionen Euro, die wir für dieses Jahr zusätzlich über die Haushaltsansätze hinaus brauchen; bisher sind wir sogar von 6 Millionen ausgegangen. Wenn die Erhöhung für die Beamten in diesem Jahr nicht kommt – und so sieht es nach den Meldungen des Landes aus -, dann bleibt es bei 4 Millionen Euro, und nächstes Jahr kommen nochmals einige Millionen hinzu. Das bedeutet, dass wir an anderer Stelle sparen und verzichten müssen, und es bedeutet vor allem, dass wir bei unserem Kurs der Verwaltungsreform und der Haushaltskonsolidierung nicht nachlassen können. Ich betone noch einmal: Zu diesem Kurs der Konsolidierung gibt es keine Alternative, und wir können den Weg nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit den Personalräten gehen.

Meine Damen und Herren, es ist ja auch nicht der Regelfall, dass zu einem solchen Anlass hier der Vorsitzende der Kommunalen Arbeitgeber spricht. Natürlich war mir bewusst, dass man sich in einer solchen Funktion nicht nur Freunde macht, erst recht nicht, wenn praktisch vom ersten Tag an Tarifverhandlungen stattfinden.

Ein wesentlicher Grund, weshalb ich diese Bitte meiner Kollegen im Kommunalen Arbeitgeberverband angenommen habe, sind die besonderen Herausforderungen, vor denen wir in unseren Verwaltungen – und auch in der Industrie – stehen. Lassen Sie mich einige Themen nennen, die auch Themen der Gewerkschaften sind:

- Wir werden uns neben einer gerechten Bezahlung Gedanken darüber machen müssen, wie wir auf Dauer unseren Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern decken. Dies können wir nur zu einem Teil selbst lösen, sondern dafür brauchen wir vor allem ein gutes Tarifsystem.

- Ich nenne das Stichwort „demographischer Wandel“. Bei der Stadtverwaltung sind die Mitarbeiter im Durchschnitt über 30 Jahre beschäftigt. Das sind fünf Jahre mehr als noch 2002, mit steigender Tendenz. Aber die Bewerberzahlen für unseren Nachwuchs werden zurückgehen. Wir konkurrieren dann noch stärker als heute mit der Privatwirtschaft um junge Leute. Um hier gegensteuern zu können, haben wir in den letzten Jahren bereits mehr Ausbildungsplätze geschaffen. Aber wir brauchen noch weitere Bausteine.
- Der Altersdurchschnitt unserer Beschäftigten entwickelt sich nach oben – inzwischen auf Mitte 40 - und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Einerseits bin ich darüber froh, dass wir die Erfahrung und das Wissen von älteren Mitarbeitern nutzen können. Aber es gibt auch Anlass, dass wir uns verstärkt dem Thema Gesundheitsmanagement widmen, wie das ja bereits geschieht. Wer bis 65 oder künftig noch darüber hinaus arbeiten möchte oder auch arbeiten muss, der will dabei auch gesund bleiben. In dem Aufruf zum 1. Mai hat der DGB es mit einem Satz beschrieben: „Arbeit, die nicht krank macht, muss drin sein“.
- Und als letztes Beispiel: Wir brauchen in unseren Behörden, aber auch bei privaten Arbeitgebern verstärkt Modelle für Familienfreundlichkeit und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung. Dafür gibt es in Freiburg und in der Region einige pfiffige Beispiele, von denen wir einiges lernen können. Im Februar haben wir einige Beispiele mit dem DGB und den Kammern in einer Regionalen Arbeitsmarktkonferenz vorgestellt. Dieses Thema wird uns als Arbeitgeber und Sie als Gewerkschafter und Personalräte stärker als bisher beschäftigen.

Ich habe diese Punkte als Arbeitsschwerpunkte der öffentlichen Arbeitgeber genannt, weil sie auch Positionen der Gewerkschaften sind. Deshalb kann ich guten Gewissens die meisten Forderungen aus dem DGB-Aufruf zum 1. Mai auch unterschreiben.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch selbst unseren Beitrag leisten für eine gute Entwicklung des Arbeitsmarkts. Das kann nicht heißen, dass die Stadtpolitik den Konjunkturmotor spielt. Aber wir sind der Anlasser für den Konjunkturmotor. Ich nenne einige Beispiele:

- Was letztes Jahr mit der Schulsanierung und dem Ausbau von Ganztagschulen auf den Weg gebracht worden ist, das ist auch ein kraftvolles Konjunkturprogramm für Baugewerbe und Bauhandwerk. Und, was

mindestens genau so wichtig ist: Investitionen in Schulen sind Zukunftsinvestitionen, in Bildung als Lebensqualifikation für gute Ausbildungs- oder Arbeitsplätze.

- In Freiburg wird in Wohnungsbau investiert, und zwar gezielt in preisgünstigen und geförderten Wohnungsbau. Aktuell sind über 400 Wohnungen für diesen Bedarf in Bau, für rund 150 von der Stadtbau ist am Freitag der 1. Spatenstich in der Bettackerstraße.

Wenn ich die vielen privaten Vorhaben und die Restflächen im Rieselfeld und in Vauban noch hinzu rechne, dann werden es in den nächsten vier Jahren, bis spätestens 2012, insgesamt rund 4.000 neue Wohnungen sein. Auch das sind Investitionen, die uns in mehrfacher Hinsicht gut tun. Freiburg ist eine weiterhin wachsende Stadt, und jede neue Wohnung ist eine Entspannung für den Wohnungsmarkt. Dieses Programm ist aber auch ein riesiges Volumen für die Bauwirtschaft für Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum.

- Das dritte Beispiel ist das Programm für den Klimaschutz. Wir investieren in regenerative Energien und in die Wachstumsbranche Umweltwirtschaft. Wohnungen in Weingarten energetisch zu sanieren, heißt für die Mieter: Weniger Heizkosten, und es heißt für die Klimabilanz: Weniger CO<sub>2</sub>, weil weniger Energie verbraucht wird. Das zieht neue Arbeitsplätze im Handwerk und Baugewerbe nach sich.

Diesen Kurs eines qualifizierten und nachhaltigen Wachstums, auch im gewerblichen Bereich und durch neue Gewerbeflächen wie Güterbahnhof oder Seehau (um nur zwei zu nennen) werden wir beibehalten, wenn wir unsere Position wahren wollen.

Ich bin den Gewerkschaften dankbar, dass Sie uns auf diesem Weg unterstützen. Freiburg ist seit Jahren Spitzenreiter beim Zuwachs an Arbeitsplätzen unter allen baden-württembergischen Stadtkreisen. Das möchten wir auch bleiben. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt heute bei 144.400. Das sind fast 34.000 mehr als vor zwanzig Jahren, oder in kürzeren Zeiträumen gerechnet, 6.000 mehr als 2002. Unsere Arbeitslosenquote im Stadtkreis liegt über dem Landesdurchschnitt, aber nicht mehr mit einem Abstand von 6 Prozent, wie es einmal war, sondern mit einem Abstand von 3 Prozent. All das sind gute Voraussetzungen, damit das Motto zum 1. Mai Realität werden kann: „Gute Arbeit muss drin sein“, und zwar gute Arbeit für alle Menschen, zu guten Löhnen, zu sozial verträglichen Bedingungen und für eine gute Entwicklung der Stadt.